

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

192 (20.8.1914)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Posthalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich. Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481. Inzerate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalzerate billiger. Schluß d. Inzeratennahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inzerate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Grotz & Cie., Karlsruhe.

Fuchspatrioten.

In dem Augenblick als der Kriegszustand in Deutschland erklärt wurde, schnellen die Preise für die Lebensmittel zum Teil sehr stark in die Höhe. Die Großmühlen insbesondere verlangten für das Mehl — eines der unentbehrlichsten Lebensmittel — Preiszuschläge von 30 und mehr Prozent. In wenigen Tagen haben diese „Patrioten“ Hunderttausende und Millionen „verdient“. Die Stadtverwaltungen und die Militärintendanturen mußten für den Dornelzentner Mehl — der noch kurz vor der Mobilmachung 29—30 Mk. kostete, 40 Mk. bezahlen. So werden in den schlimmsten Zeiten die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer gemacht. Die Großmühlen entschuldigten diese an Wucher grenzende Preissteigerung mit dem Risiko, das sie zu tragen hätten, weil das auf dem Meer schwimmende Getreide von feindlichen Schiffen beschlagnahmt werden kann. Ja wer hat denn in diesen Zeiten kein Risiko? Millionen, die nichts ihr eigen nennen als ihr Leben, müssen dieses ihr einziges Gut für das Vaterland riskieren. Jeder Geschäftsmann trägt in diesen Zeiten ein großes Risiko. Hunderttausende von Arbeitern sind brotlos. Angesichts solcher Verhältnisse für das Mehl Wucherpreise zu fordern, um sich gegen eventuelle Risiken schadlos zu halten, das kann der Staat unter keinen Umständen dulden. Dagegen muß mit den schärfsten Mitteln eingeschritten werden, denn der Wucher mit Lebensmitteln setzt den Staat den allergrößten Gefahren aus.

Der Wucher mit den notwendigen Lebensmitteln ist schon in Friedenszeiten eine Verwundung am Volke, in Kriegzeiten ist er ein Verbrechen. Er fördert die Unterernährung, vergrößert die Seuchengefahr und führt schließlich noch zu inneren Unruhen, die, weil unsere Brüder in Feindesland stehen und für die Erhaltung unseres Vaterlandes kämpfen.

Diese Wucherpreise für die notwendigsten Lebensmittel sind um so unbilliger, als wir eine gute Ernte haben und wenn der Krieg nicht über uns hereingebrochen wäre, voraussichtlich die Preise gesunken wären. Die Lieferanten für Lebensmittel verdienen in Kriegzeiten ohne hin viel Geld, sie haben wahrhaftig nicht nötig, den Staat, die Gemeinden und das Volk durch Wucherpreise auszupumpen.

Kein Mensch hätte etwas dagegen gesagt, wenn die Preise etwas in die Höhe gegangen wären, aber zu einem Aufschlag um 30 und mehr Prozent lag keinerlei Ursache vor. Das Traurigste aber ist, daß diese Sorte „Patrioten“ noch den Anschein zu erwecken suchte, als ob sie sich dem Vaterland gegenüber großherzig erwiesen hätte und dieses ihnen noch zum Danke verpflichtet wäre. Nur mit Rücksicht auf die Situation verlagern wir uns, Fälle bekannt zu geben, die allüberall lauteste und berechtigteste Entzückung hervorrufen würden, wenn sie der Öffentlichkeit bekannt würden.

Der Staat hat die Pflicht, gegenüber solchen Erscheinungen mit aller Strenge einzuschreiten. Deutschland ist auf längere Zeit mit Lebensmitteln reichlich versorgt, es liegt nicht der mindeste Anlaß vor, Preissteigerungen von solcher Höhe zu dulden, wie sie beim Mehl, bei den Hülsen- und anderen Früchten nach der Mobilmachung eingetreten sind.

Auf dem Wege zum praktischen Sozialismus.

Durch die Presse geht eine Anekdote von einem Engländer, der bei Ausbruch des Kriegs mit der Faust auf den Tisch schlug und ausrief: „Wir werden kämpfen bis zum letzten Penny!“ Worauf ein anwesender Deutscher geantwortet haben soll: „Und wir bis zum letzten Blutstropfen!“ Die Antwort des Deutschen klingt sicher viel eindrucksvoller als das englische Gelöbniß. Aber die Stärke eines Volkes beruht nicht nur auf seinem Opfermut, sondern auch auf dem Werte dessen, was es opfern kann, ohne sich bis zur Ohnmacht zu erschöpfen, die Leistungsfähigkeit hängt aber wieder in hohem Grade von dem Stande der sozialwirtschaftlichen Organisation ab.

Deutschland ist auf dem Wege zum praktischen Sozialismus auf manchen Gebieten anderen Ländern ein gut Stück voraus, und auf dieser Tatsache beruht zum großen Teil der überlegene Wert der deutschen Streitkraft. Hier haben sich Staat und Gemeinde nicht auf rein formale Verwaltungstätigkeit beschränkt, sondern sich zu gewaltigen Wirtschaftsorganisationen entwickelt, die sich jetzt reibungslos in den Dienst der Kriegsvorbereitung gestellt haben. Der Sozialismus des Friedens, Sozialismus des Krieges: jener trefflichen Organisation, die für jeden Soldaten einen Kessel Suppe und ein Stück Fleisch zur rechten Zeit bereit hält, die Höchstpreise festsetzt, das Höchstmaß der abzugebenden Lebensmittelmengen fixiert und wucherische Manipulationen mit der Schließung der Geschäfte bestraft, die in vielen Fällen einer glatten Expropriation ihres Inhabers gleichkommt.

Berner Sombart schreibt im „Berliner Tageblatt“, daß in diesem Kriege der Sieg demjenigen Volke zufallen wird, das nicht nur die leistungsfähigste Armee, sondern auch die bestorganisierte Volkswirtschaft hat, daß der obenauf bleiben wird, der es am längsten aushält.

Wir alle sind gewillt, das Neueste zu tun und das Schwerste zu ertragen, um das Reich vor Zerstörung durch feindliche Gewalt zu sichern. Aber wenn die ersten großen Schlachten geschlagen sein werden, wird die Zeit gekommen sein, den gerechten Ausgleich zwischen den Völkern zu suchen und dem Sozialismus des Krieges den Sozialismus des Friedens folgen zu lassen.

Vom Krieg.

Bayern und Badener werfen eine französische Infanterie-Brigade über die Vogesen.

WTB. Berlin, 19. Aug. Bayerische und badische Truppen schlugen die bei Weiler 15 Kilometer nordwestlich Schlettstadt vorgebrungene 55. französische Infanterie-Brigade, brachten ihr große Verluste bei und warfen sie über die Vogesen zurück.

Ein deutscher Erfolg bei Namur.

WTB. Berlin, 19. Aug. Die französische 5. Kavalleriedivision wurde heute unter schweren Verlusten bei Perwez nördlich von Namur von unserer Kavallerie zurückgeworfen.

Die Geiseln von Lüttich.

Berlin, 19. Aug. In einer Bekanntmachung die der Bürgermeister von Lüttich anschlagen ließ, werden die Einwohner energisch davor gewarnt, weiterhin heimtückische Angriffe auf die deutschen Truppen zu verüben. Der Bürgermeister weist darauf hin, daß etwaige Uebelthäter nicht nur die andern Einwohner der Stadt, sondern vor allem auch die Geiseln, unter denen sich der Bischof von Lüttich, der zweite Bürgermeister, 4 Senatoren, ein Deputierter, zwei Abgeordnete und ein Schöffe befinden, in schwere Gefahr bringen würden. Die Geiseln ständen auf der Zitadelle zur Verfügung des deutschen Kommandanten.

Das Ultimatum Japans.

WTB. Berlin, 19. Aug. Der hiesige japanische Geschäftsträger übermittelte im Auftrage seiner Regierung dem auswärtigen Amte eine Note, in der unter Berufung auf das englisch-japanische Bündnis die sofortige Zurückziehung der deutschen Kriegsschiffe aus den japanischen und chinesischen Gewässern oder die Abrüstung dieser Schiffe, ferner bis zum 15. September die bedingungslose Uebergabe des gesamten Pachtgebietes von Kiautschau an die japanischen Behörden und die unbedingte Annahme dieser Forderungen bis zum 23. August verlangt wird.

Auf diesen Raub mußte man gefaßt sein, ob es Japan gut bekommt, ist eine andere Frage.

Die Oesterreicher in Rußland.

WTB. Wien, 19. Aug. Die „Allgemeine Zeitung“ in Czernowitz berichtet aus den von den Oesterreichern besetzten Grenzgebieten: Die Dörfer waren bei Einzug unserer Soldaten fast menschenleer, da die fliehenden russischen Truppen die Bevölkerung vor den Grausamkeiten der österreichischen Soldaten gewarnt hatten. Als aber die Soldaten die zurückgebliebenen Greise und Väter gut behandelten, kehrten die Dorfbewohner langsam zurück und fraternisierten mit unseren Soldaten. In dem großen Dorfe Kengach ist keine Schule, keine Post und kein Telegraph vorhanden. Nach einer Meldung aus Kiew versuchten die echten Russen, die Juden für Manifestationen für den Krieg zu gewinnen, indem sie ihnen heuchlerisch Gleichberechtigung nach dem Kriege versprechen.

Serbische Frauen und Kinder im Kampf.

WTB. Wien, 19. Aug. Nach ungarischen Blättern haben in Schabaz serbische Frauen und Kinder aus alten Karabinern geschossen und Bomben ge-

worfen, ohne jedoch Unheil anzurichten. Ebenso sei auf Aerzte und Abteilungen des Roten Kreuzes geschossen worden. Diesseits der Save, Donau und Drina seien in kurzer Zeit 500 serbische Deserteure gefangen worden, die in voller Ausrüstung die Flüsse durchschwommen haben. Die Soldaten heben hervor, wie glänzend sich die österreichischen Geschütze bewährt hätten und mit welcher eiserner Disziplin man mit der Munition umging.

Revolution im Kaukasus.

WTB. Konstantinopel, 19. Aug. Wie der „Zitadell“ erfährt, gewinnt der Aufstand im Kaukasus gegen die Russen an Ausdehnung. Die Aufständischen sprengten die Brücke über den Araxesfluß, an der einzigen Eisenbahnlinie, die Rußland mit Persien verbindet. Die russischen Truppen fliehen mit Waffen und Gepäck an die türkische Grenze. Vorgehens überführt eine große Anzahl Soldaten die Grenze, um sich auf türkisches Gebiet zu flüchten. Die Preise der Lebensmittel sind im Kaukasus auf das Vierfache gestiegen. Es wird immer schwieriger, den Aufstand zu unterdrücken.

Ein Aufruf des Metz Gemeinderats.

WTB. Metz, 18. Aug. Der Gemeinderat der Stadt Metz faßte eine Entschließung, in der er in scharfer Weise Stellung nimmt zu auf Militärpersonen vorgekommenen Attentaten und in der es u. a. heißt: Einmütig und aufs schärfste verurteilt der Gemeinderat der Stadt Metz solche ruchlose Taten, die jedem Bürger die Schamröte ins Gesicht treiben und ihn mit Abscheu erfüllen. Wer die Hand gegen die Beschützer unres Landes und gegen seine eigenen Landesfinder erhebt, der ist kein echter Lothringer, kein echter Deutscher. Nur Mordelmsörder, die unbekümmert um das Schicksal ihres Heimatbodens absichtlich und böswillig verfehlen, was unsere Lothringer Lande dem Deutschen Reiche verdanken und schuldig sind, können zu solchen Schandtaten fähig sein. Solche Schenale haben jede Gemeinshaft mit dem Lande und ihren Blutsverwandten verloren. Der Gemeinderat der Stadt Metz sieht es einmütig als seine höchste und heiligste Pflicht an, seine Zusammengehörigkeit mit der tapferen deutschen Armee, in der unsere eigenen Söhne für Kaiser und Reich, für die Zukunft unres geliebten Vaterlandes kämpfen, bluten und sterben, offen und laut zu bekennen. Ihre Wünsche für das mächtige Deutschland, dessen Geschicke mit den untrigen untrennbar verbunden sind und bleiben sollen und dem sie mit Stolz und in unwandelbarer Treue angehören, fassen unsere Stadtverwaltung und Gemeinderat zusammen in die Worte: Eurer Majestät, unserem geliebten Kaiser Wilhelm, geloben wir aufs neue unzerbrüchliche Treue und Gehorsam und wünschen von ganzem Herzen, daß Gott unsere tapferen Truppen von Sieg zu Sieg führen werde. Die Entschließung ist von Bürgermeister Dr. Foret, der selbst aus allothringischer Familie stammt, und von dem Gemeinderat, unter dem sich ebenfalls zahlreiche Einheimische befinden, unterzeichnet.

Habt Acht auf Brieftauben!

WTB. Stuttgart, 19. Aug. Das königliche Generalkommando gibt hiermit bekannt, daß bei Andernach eine französische Brieftaube abgefangen wurde, die genaue Angaben über deutsche Truppentransporte beförderte.

Württemberg, vielleicht auch Baden, kommen sehr wahrscheinlich als Auflassungsort in Betracht. Es besteht die Möglichkeit, daß mehrere französische Brieftaubenstationen in genannten Gebieten in Betrieb sind. Das königliche Generalkommando bezweckt hiermit, die öffentliche Aufmerksamkeit hierauf zu lenken und bittet rechtzeitig jedermann, diesbezügliche Mitteilungen unverzüglich an das königliche Generalkommando gelangen zu lassen.

Blünderungen in Paris.

Genf, 18. Aug. Nach Blättermeldungen hat das Pariser Polizeigericht 45 Personen, die am 7. August auf Raub und Blünderung ausgingen, mit Strafen bis zu einem Jahre Gefängnis belegt. („Köln. Btg.“)

Das abgewiesene Frankreich.

Mailand, 18. Aug. Der „Corriere della Sera“ meldet aus London: „Daily Telegraph“ bringt aus Washington die Nachricht, Frankreich habe Verhandlungen mit nordamerikanischen Banken anknüpfen wollen, um dort Werte zu hinterlegen als Zahlungsbürgschaft für Verpflegungsgegenstände, die Frankreich aus Nordamerika beziehen wollte. Trotzdem kein Gesetz vorhanden sei, das die Ausfuhr verhindere, habe Präsident Wilson den Banken verboten, den Vorschlag anzunehmen, da die Möglichkeit vorhanden sei, Amerika durch die Ausfuhr von Lebensmitteln zu schädigen.

verein
sfsstelle 23
14
13.
2877
bad.
unterricht
Gasherde
Anschaltungs-
u. Porzellan-
ren
Mary
Soda

Zu dem „Erfolg“ der Engländer auf dem Rhaffasee.
 Berlin, 19. Aug. Bezüglich der Charterung des deutschen Regierungsdampfers „Hermann Bismarck“ auf dem Rhaffasee durch die Engländer wird mitgeteilt: Der gegen Ende des vorigen Jahrhunderts von dem damaligen Reichskommissar v. Bismarck in zerlegtem Zustand über Land nach dem See transportierte kleine Schraubendampfer hatte keine Kanonen an Bord und war für Kriegszwecke überhaupt nicht eingerichtet. An europäischer Besatzung hatte das kleine Schiff, dessen Anschaffungswert etwa 30 000 Mk. betrug, nur einen Steuermann und einen Maschinisten. Sonst bestand die Besatzung aus wenigen schwarzen Matrosen. Dem deutschen Schutzgebiet ist mit der Wegnahme des Dampfers weder ein Handelsweg noch ein Verbindungsweg militärischer Stützpunkte oder Verwaltungsstellen gefährdet. Der Dampfer diente in den letzten Jahren nur noch zu Dienstfahrten der am See stationierten Beamten. Seine Aufhebung war schon mehrfach erwogen worden.

Der Zar wendet sich auch an Finland.
 Ueber Stockholm geht dem „Wiener Volksblatt“ die Nachricht aus Helsingfors zu, daß der Generalgouverneur den finnischen Senat zum 30. August nach Helsingfors einberufen hat zur Entgegennahme eines kaiserlichen Manifestes auf Wiedereinsetzung der autonomen finnischen Behörden.
 In der Not fröhlich der Teufel fliegen und der Wutjahr macht Versprechungen, die er später höhnisch zurücknimmt.

Berlin im Kriege.

In Berlin wurde die Einberufung der ausgebildeten Mannschaften des Landsturms mit Befriedigung begrüßt. Zahlreiche Existenzen werden damit der Ungewißheit entzogen; die Leute, die bisher in Arbeit standen, wissen jetzt, woran sie sind und die einberufenen Arbeitslosen fühlen sich der Sorge um sich und der Verantwortung um ihre Familie enthoben. Man begreift auch allgemein, daß angesichts der gesamten Lage diese Maßnahme durchaus notwendig war, denn man weiß, daß im Westen viel zu tun ist und wünscht dem Osten, zu dem ja auch Berlin selbst gehört, allen erdenklichen Schutz. Dem Berliner ohne Unterschied der Partei erscheint die feindliche Gefahr zu aller nächst in der Gestalt des Parisismus, und das sagt alles! Mit einmütiger Opferwilligkeit nimmt die Bevölkerung die an sie gestellten neuen Anforderungen als etwas Selbstverständliches auf sich.

Die Stimmung der letzten Tage, die manches Bedenklische mit sich brachte, ist einer ernsten und würdigen Entschlossenheit gewichen. Man weiß jetzt, daß dem Volke ein ungeheurer schwerer Werk bevorsteht und daß man nicht alle Tage eine neue Siegesnachricht verlangen darf. Auch die fremdenfeindliche Bewegung ist zum Stillstand gekommen, sie tobt sich höchstens noch an englischer Pfeffermühle und russischem Kaviar aus, die jetzt ihre Nationalität verleugnen müßten, ohne dadurch an Wertschätzung zu verlieren. Man wagt auch schon wieder darüber zu lächeln, daß die Conspiratorie Wilez die „Conspiratorie“ von ihren Firmenschildern strich just an dem Tage, an dem der Eroberer von Rütich, General v. Emmich, den Orden — „pour le mérite“ — erhielt. Nur in einer Mädchenschule ist es noch zu einer kleinen Revolution gekommen, die jungen Damen sandten eine Deputation an die Lehrerin und erklärten ihre Weigerung, künftig die Sprachen Shakespeares und Bistors Sugos zu lernen. Auch diese Ueberpatriotinnen wurden von der Schulbehörde zur Besonnenheit zurückgebracht.

Erfreulich ist es, daß der „Vorwärts“, der gegen das Treiben gewisser Sensationsblätter ein wertvolles Gegengewicht bietet, seit 16. August auf den preussischen Bahnhöfen verkauft werden darf! Große Fragen von gestern sind klein geworden und lösen sich spielend!

Das Familienhotel.

Roman von Eugen Seltai. (Ausz. verb.) (Fortsetzung.)
 Der Löwe sah uns wieder nichttraulich an: „Ich liebe die langen Verhandlungen nicht. Ich bot Ihnen dreißigtausend Franken pro Monat, das ist doch gewiß Geld genug, denk ich.“
 „Für Sie ja, aber nicht für uns.“
 „Wie? Sie finden, daß das zu wenig ist?“
 „Wiel zu wenig. Unter fünfzigtausend Franken lassen wir uns überhaupt auf nichts ein. Aber auch dann müssen Sie mindestens für zwei Monate garantieren und das Geld deponieren.“
 Der Löwe lachte höhnisch auf:
 „Seine Majestät glaubt wohl, daß ich Geld stehle?“
 „Seine Majestät ist viel zu diskret, als daß er sich für die Herkunft Ihres Geldes interessierte. Das ist seiner Majestät ganz gleichgültig!“
 „Aber das ist ja eine ungeheure Summe!“
 Ich zuckte die Achseln:
 „Wenn Sie sie nicht hergeben wollen, gibt sie uns ein anderer. Vielleicht auch mehr.“
 Der Löwe begann zu schweigen. Das hatte er nicht erwartet. Er hatte geglaubt, daß der abgebrannte Emanuel VII., den er im Familien-Hotel aufgestöbert hatte, gierig nach den dreißigtausend Franken greifen würde. Aber hunderttausend Franken! Und im voraus!
 „Und was können Seine Majestät?“ fragte er nach kurzem Zögern.
 „Was Seine Majestät können?“
 „Ja ja, ich möchte wissen, was ich für meine hunderttausend Franken bekomme.“
 „Sie erhalten das, wofür Sie sechsen dreißigtausend geboten haben.“
 Der Löwe war völlig niedergedrückt, wir aber zogen stolz von dannen. Unten, auf der Straße, klopfte mir Emanuel VII. auf die Schulter:
 „Wissen Sie auch, daß Sie Ihre Sache vorzüglich gemacht haben?“
 Diese Anerkennung tat mir wohl. Ich lächelte stolz. Aber meine Freude nahm ein rasches Ende, denn der königlichen Anerkennung folgte die königliche Kritik auf dem Fuße:

Ueber das Gesecht bei Mülhausen

schreibt ein Augenzeuge der „Straßburger Bürgerzeitung“:
 „Am die Mittagsstunde am Samstag, den 7. August, durchzog die erste französische Dragonerpatrouille aus fünf Mann und einem Unteroffizier des 18. Regiments gebildet, die Hauptverkehrsader der Stadt. Eine Viertelstunde später folgte ihnen Spuren eine deutsche Infanterieabteilung von 30 Mann unter dem Befehl eines Leutnants. Letzterer mit gezogenem Säbel und schußreicher Pistole, ersterer mit gefälltem Bajonett. Inzwischen erfolgte kein Zusammenstoß der feindlichen Soldaten, die sich ja außer Schweite befanden. Als es dann 6 Uhr schlug, zog das 7. französische Armeekorps, durch Artillerie aus Welfort und Besancon verstärkt, mit klingendem Spiele in Mülhausen ein. Im einzelnen handelte es sich um die Linienregimenter 42, 135 und 23, die 11. Jäger zu Pferd, das 4. und 35. Artillerieregiment, das 18. Dragoner- und 5. Pionierregiment. Bis nachts 11 Uhr setzte sich der Einzug unter spontanen Beifallstundungen der besseren Bürgerschaft fort, die begeistert immer wieder in ein „Vive l'armée“ ausbrachen. Die eingestellten Truppen vertrieben es ängstlich, von den verlassen bleibenden Besatzern zu nehmen; sie bezogen vielmehr in den großen Fabrikniederlassungen der Stadt Quartier. Natürlich bemühte sich dabei die Zivilbevölkerung in übereifriger Weise, die ungeliebten Gäste zu bewirten und mit ihnen schön zu tun. Im großen und ganzen verlief aber sonst diese ereignisvolle Nacht in Ruhe und Ordnung.“

Mit Anbruch des Sonntags rückte der größere Teil dieser Truppen nach der Rheinebene, der sogenannten „Gardi“, ab, während General Hoffre um 11 Uhr im Rathaus die Proklamation der endgültig erfolgreichen Besetzung Mülhausens durch Frankreich verlas, die übrigens auch gleichzeitig öffentlich angeschlagen wurde. Inzwischen hatte die französische Artillerie auf dem hügelartig die Stadt überragenden Heberg Aufstellung genommen. Als dann aber gegen 4 Uhr die erste deutsche Granate auf dem Weidemannsplatz einschlug und in Trümmer zerfiel, wobei zunächst nur Gebäudeschäden entfielen, zog Schrecken und Verwirrung in die Masse der kurz vorm noch so sehr enthusiastischen Bevölkerung. Die Bürger rannten wild durcheinander und suchten im Schutz festgefühter Gebäude sich vor dem nun einsetzenden Bombardement zu retten, das in der Kolmarer und Pariser Straße erhebliche Verheerungen zur Folge hatte. Nun rückten auch die deutschen Fußtruppen vom Habsheimer Flugplatz heran und es kam besonders bei Burgweiler zu einem heftigen Zusammenstoß der feindlichen Streitkräfte. Maschinengewehre waren beiderseits aufgestellt, deren knatterndes Geräusch sich mit den Geschossen mischte, die hüben und drüben unaufhörlich abgegeben wurden. Artilleriegeschosse, vor allem Schrapnell, führten dazwischen. In später Abendstunde war dann zu beobachten, wie die französische Artillerie Schuß um Schuß zurückwich, um ihr Feuer plötzlich ganz einzustellen. Nachts 2 Uhr setzten dann Gewehrsalven allein noch einmal lebhafter ein. Es war dies zu der Zeit, als die französische Artillerie sich bereits über Dornach in südllicher Richtung verzogen hatte.

Als in der Frühe des Montags der Tag eben graute, war festzustellen, daß die Franzosen in unregelmäßiger Front, in viele kleinere Trupps aufgelöst, häufig die Straßen Mülhausens durcheinanden. Einige Zeit später führten die ersten deutschen Regimenter geschlossen in die oberirdische Stadt zurück, die während sechs und dreißig Stunden in französischem Besitz geblieben war.
 Mit bewundernswürdiger Anpassungsvermögen kamen die vorher noch so begeistert französisch gesinnten Mülhauser den zurückgekehrten Landsleuten entgegen und bewirteten sie nicht minder gastfreundlich als tags zuvor die west-nachbarlichen Truppen.“

Ueber die Bestattung unferer gefallenen Krieger

wird einem Straßburger Blatte geschrieben:
 „Die Bahnhöfe von Mülhausen war schon Mitte voriger Woche vollständig gesäubert. Nach dem Abtransport der Verwundeten, die übrigens zahlreich in den Ortschaften von Mülhausen untergebracht wurden, beerdigte man die Toten und begrub zuletzt die Pferdekadaver, wobei es nötig war, die Gruben mit Chlor zu übersättigen, da die Hitze der letzten

Tage die Verwesung stark förderte. Was die Beerdigung der Toten anbelangt, so ist sie derart organisiert, daß in jedem Orte ein Vertrauensmann für die Bestattung der in der Seewartung Gefallenen, und zwar in Massengräbern, verantwortlich gemacht wird. Während es noch im Kriege von 1870 vielfach der Brauch war, den Gefallenen die Stiefel auszugeben, um sie weiterhin dem Vaterlande dienstbar zu machen, wurde in diesen schweren Tagen der deutsche Soldat in seinem vollen Ehrenkleide der Erde übergeben. Ueber Wertgegenstände und Vermittel, die sich bei ihm vorfinden und welche letztere im Brustbeutel abgehoben wurden, führt die Lazarettkommission genaue Listen und läßt unter Depositionierung der Gegenstände beim Bürgermeister des Ortes von diesen die Quittungen ausstellen. Später geben diese letzten Andenken der teuren Gefallenen in den Besitz der Familienangehörigen über. Die Bestattung der deutschen Toten erfolgt in der Weise, daß man sie in die Zeltbahnen hüllt, die sie ins Feld mitgenommen haben, und daß man in eigens vorgegebener Weise Freund und Feind nebeneinander beisetzt. Demersenswert ist vielleicht noch der Umstand, daß bei den französischen Gefallenen im Durchschnitt 30 Mk. vorgefunden wurden. Es bietet keine Seltenheit, tote und verwundete Franzosen in Hausgärten anzutreffen.“

Selbstentlarung eines kapitalistischen „Friedensapostels“.

Die „Korrespondenz“ des früheren Sozialdemokraten Richard Calmer schreibt:
 Man kann es in Deutschland nicht bezweifeln haben, wie der Friedensapostel Carnegie von einem großen Teil unserer Presse in der widerwärtigsten Weise beschimpft worden ist. Noch voriges Jahr war der amerikanische Multimillionär in Berlin, um dem Kaiser zum Regierungsjubiläum seine Entschuldig unter dem Vorschlag vieler deutscher Tageszeitungen darzubringen. Carnegie war ja nicht nur Friedensapostel, sondern er war für viele Kreise eine Autorität auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Jeder Widerspruch gegen die irdige Wertung dieses modernen Krösus blieb unbeachtet; die Benutzung kapitalistischer vor dem Einfluß des Reichstums. Nicht Carnegie ist ein Vorwurf aus seinem Tun zu machen, sondern den Kreis, denen das Geld alles gilt, die sich von den direkten und indirekten Einwirkungen der Millionen Carnegies bannen und blenden lassen und dem Manne ohne Prüfung, ohne Kritik Weisrath freuten.

Nun hat Carnegie auch zur Frage des jetzigen Krieges Stellung genommen. Und was hat er gesagt? Aufgefordert, sich dem Protest vieler Engländer gegen den Krieg mit Deutschland anzuschließen, hat er nach der „Times“ wie folgt geantwortet:

„Protest heute nutzlos. Der deutsche Kaiser hat die freundschaftliche Einladung Britanniens zu einer Friedenskonferenz der Mächte abgelehnt, obwohl sie von einem so hervorragenden und friedlichen Staatsmann wie Sir Edward Grey unterzeichnet war. Statt dessen hat er vorgeschlagen, Britannien möge seine Zustimmung dazu geben, daß Deutschland durch Belgien marschiere, um Frankreich auszureinigen und so Belgien, Holland, Schweden und Norwegen seinen Flotten zu öffnen. Der deutsche Kaiser, seit 25 Jahren der hervorragendste Friedensfürst der Welt, ist heute als Kriegsherr der Hauptverführer Europas geworden. Wir Advokaten des himmlischen Friedens und Feinde des hülligen Krieges dürfen es nicht vergessen, die schuldigen Urheber des Krieges an den Pranger zu stellen. Auf die Ablehnung des deutschen Kaisers, an Britanniens Friedenskonferenz teilzunehmen, folgte unmittelbar die Entsendung der Kriegsdämonen. Ich glaube, der Kaiser wußte nicht, was er tat, als er den britischen Seelweib absetzte, und jetzt wird er wohl über seinen Irrtum trauern.“

Wir sind durch dieses Verhalten des amerikanischen Multimillionärs nicht überrascht worden. Carnegie ist einer der rücksichtslosesten, brutalsten, kapitalistischen Ausbeuter, an dessen Händen das Blut von Hunderten von Arbeitern fließt, die er niederfallen ließ, als sie sich gegen seine Ausbeutung zur Wehr setzten. Die Friedenspläne dieses amerikanischen Goldkrösus haben wir nie ernst genommen. Um so größer wird die Enttäuschung bei jenen sein, die diesen Geldproben überal, wo er sich sehen ließ, mit Auszeichnungen und Lorbeeren überschütteten.

„Nur eins haben Sie vergessen — das Wichtigste.“
 „Was?“
 „Den Vorschuß. Wenn von hunderttausend Franken die Rede ist, so verlangt man vor allem einen Vorschuß.“
 „Aber wenn aus der ganzen Sache nichts wird?“
 „Gerade darum ist der Vorschuß so wichtig. Sicher ist sicher.“

6. Kapitel.
 Am Abend erschien ich bereits in meiner Eigenschaft als Sekretär bei der geheimen Konferenz der Jung-Zyrlen. Heute kann ich ruhig von diesen Dingen reden, mein Eid bindet mich nicht mehr.

Der Verhandlungsraum befand sich in dem schmuckigsten Hause einer äußerst schmuckigen Straße des Montmartre, oben im fünften Stockwerke, in der angeblichen Wohnung eines angeblichen Malers. Die Wohnung bestand aus einem einzigen großen, atelierartigen Zimmer, das auf den Hof, oder besser auf eine Reihe von Dächern und Schornsteinen hinausging. Das einzige breite Fenster war stets verhängt. Das Atelier war äußerst kümmerlich möbliert: die Möbel bestanden aus einem breiten Sofa, einem Tisch und ein paar lahmen Stühlen. Vom Masofend hing eine venezianische Lampe herab, die das Mobilier mit ihrem spärlichen Licht beleuchtete.

Wir klopfen dreimal an die Tür des Ateliers, worauf eine Stimme ertönte:

„Wer ist da?“
 „Drei rote Rosen!“ antwortete Emanuel VII.
 Auf das Rufwort hin öffnete sich die Tür, und die Mitglieder der Versammlung wiederholten im Chor:
 „Drei rote Rosen!“

Dann verbeugten sie sich tiefer vor Emanuel VII., der sogleich seinen Platz neben dem Tische einnahm. Vier ältere Männer nahmen gleichfalls am Tische Platz, die anderen setzten sich teils auf das Sofa, teils auf den Boden. Emanuel VII. sagte etwas auf zyrrilisch, wahrscheinlich sprach er über mich. Daraufhin standen die Jung-Zyrlen auf, kamen der Reihe nach auf mich zu und drückten mir die Hand. Ein weißbärtiger Alter umarmte mich sogar, und einen Augenblick kam es mir so vor, als suchte er in meinen Taschen. Dieser Alte war, wie ich später erfuhr, der Patriarch Stibizewitsch, ein leidenschaftlicher Dieb, der grundsätzlich alles stahl, was es zu stehlen gab, ob er nun Nutzen daraus zog oder nicht;

nicht einmal das Kleingeld blieb von ihm verschont, er stahl es schon aus dem Ei heraus.

Nachdem auch ich am Tische Platz genommen hatte, eröffnete Emanuel VII. die Versammlung. Er erzählte in französischer Sprache, was für einen förmlichen Vertrag ihm der Direktor des Cirque Modain angeboten habe.

„Man muß sich die Sache gut überlegen“, sagte er schließlich. „Auf den ersten Blick erscheint sie vielleicht nicht sehr günstig, aber meiner Meinung nach bietet sie ganz außerordentliche Vorteile. Unser größtes Malheur ist, daß wir kein Geld haben, alle unsere Hoffnungen werden insofern unseres ständigen Geldmangels zunichte. Jetzt bietet sich uns Gelegenheit; der Direktor des Cirque Modain will uns Geld geben, so viel Geld, das man schon damit etwas anfangen kann. Einige von uns könnten dann nach Hause fahren, um sich dort umzusehen und den Samen der Revolution auszustreuen. Man könnte ein paar Minister bestechen, ein paar Generale bearbeiten und das Terrain vorbereiten. Wenn wir die Gelegenheit versäumen — wer weiß, wann wir dann nach Grova kommen?“

Eine große Stille folgte diesen Worten. Die Jung-Zyrlen enthielten sich zunächst der Rede. Endlich stand der Patriarch, jener rühmlich bekannte Stibizewitsch auf, und sagte gerührt:

„Seine Majestät der König hat recht. Wir leben bereits das sechste Jahr im Elend, als Verbannte in Paris. Der Hunger nimmt kein Ende, und das Rämchen unserer Hoffnung ist am Erlöschen. Während wir hier begierter werden die Alt-Zyrlen zu Hause dick und fett. Seit dem Bestehen des zyrrilischen Reiches ist es noch nicht vorgekommen, daß jemand länger als vier Jahre auf dem Thron saß. Man VI. sitzt nun schon seit sechs Jahren darauf und wird noch sechs Jahre, ja vielleicht noch zehn Jahre darauf sitzen, wenn wir ihn nicht bald hinunterstoßen. Ich glaube, wir müssen unsere Einwilligung dazu geben, daß Seine Majestät den Vertrag mit dem Direktor des Cirque Modain schließt. Wir müssen uns sogar freuen, daß Seine Majestät sich zu dieser Sache bereit findet und sich sozusagen für das Gemeinwohl, für die Zukunft des zyrrilischen Volkes opfert.“

„Jeder rettet sein Vaterland, so gut er kann“, sagt Emanuel VII. beschieden.

(Fortsetzung folgt.)

Vielleicht dient die Selbstentlarbung dieses kapitalistischen Friedensapostels dazu, daß man an gewissen Stellen gegenüber derlei „Menschenfreunden“ etwas vorsichtiger wird.

Verlustliste Nr. 3.

Es ist bei dem beschränkten Raum unseres Blattes nicht möglich, die ganze Liste der Namen aller Verwundeten, Gefallenen und Vermissten zu veröffentlichen. Wir beschränken uns deshalb darauf, bei außerhalb Badens liegenden Regimentern nur die Namen der aus unserer engeren Heimat und den benachbarten Gebieten stammenden Kriegsteilnehmer mitzuteilen; die Verlustliste der in Baden garnisonierenden Regimenter bringen wir vollständig. Etwasige Interessenten können die vollständige Liste auf unserer Redaktion einsehen. Die Abkürzungen bedeuten: leichtverwundet lw., schwerverwundet schw., Artilleriegeschütz A., Einjähriger G., Unteroffizier UO., Vizefeldwebel Vfw., Feldwebel Fw., Leutnant Lt., Ober-Leutnant O-Lt., Geleitführer Gf., Reservist R., gefangen gef., vermisst vm.

Aus dem Lande.

Durlach. — Aus der Gemeinderatsitzung vom 18. August d. J. Die von Gemeinderat, Männerhilfsverein und Frauenverein zusammengeleitete Kommission zur Prüfung der Unterstützungsgesuche der Familienangehörigen der zur Fahne Einberufenen hat den Gemeinderat ersucht, dem Bezirksamt hinsichtlich der Unterstützungssache folgenden Vorschlag zu unterbreiten: 1. Die Frau soll erhalten 15 M. pro Monat, jedes Kind unter 15 Jahren 9 M. pro Monat. 2. Soweit noch ein geringeres Vermögen oder Einkommen vorhanden ist, sollen die Mindestsätze des Gesetzes vom 4. August 1914 in Anwendung kommen, d. h. die Frau erhält 9 M. pro Monat, jedes Kind unter 15 Jahren 6 M. 3. Die Unterhaltungen, die solche Familien von seitherigen Arbeitgebern oder sonstigen Personen erhalten, werden dabei nicht in Betracht gezogen. Der Gemeinderat tritt diesen Vorschlägen vollinhaltlich bei. — Es wird bei dieser Gelegenheit bemängelt, daß bei der Feststellung der Unterstützungsbefähigkeit peinlich eingehend verfahren werde, so daß viele Frauen darüber empört gewesen seien. Der Bürgermeister betont, daß man sich bei diesen Feststellungen an den vom Ministerium des Innern herausgegebenen Fragebogen habe halten müssen, worin alle diese Fragen aufgeführt seien. — Zur Feststellung des Beschäftigungsgrades der Arbeiterkraft soll Umfrage bei den am Ort und in der Umgebung anhängigen Firmen gehalten werden, eventuell soll eine Arbeitslosen-Zählung vorgenommen werden. — In einer Eingabe beschwerten sich die Anwohner der Pfingststraße jenseits des neuen Bahnhofes darüber, daß der neue Fußgängerweg seit Wochen fertig gestellt, aber immer noch für den Verkehr gesperrt sei. Es wird beschlossen, eine diesbezügliche Vorstellung bei der Generaldirektion zu erheben.

Stuttgart.

Einbrecher. Letzten Dienstag wurde der Tagelöhner Gustav Deuchler in Begleitung zweier Diener durch die Gendarmarie verhaftet. Deuchler hatte sich bei einem hiesigen Metzgermeister als Hilfsarbeiter an der Drehschneidmaschine angeboten. Vermutlich hat er dies nur, um sich die Ortsverhältnisse anzusehen. Im Laufe des geistigen Vormittags stieg er nun in die Wohnung des Metzgers ein, durchsuchte die Räume und stahl einen Barbetrag von 60 M., eine Damen- und eine Herrenuhr mit den entsprechenden Ketten und zwei Eheringe. Das Geld und die Gegenstände hatte er bereits unter seine Freundinnen verteilt, als er verhaftet wurde. Die „Damen“ wurden ebenfalls festgenommen, weil sie als Helferinnen in Betracht kommen. Deuchler ist 31 Jahre alt und wegen Diebstahls bereits vorbestraft.

Mannheim, 18. Aug. Ein 41jähriger lediger Kaufmann von Peterwisch brachte sich einen Revolveranschlag in die rechte Schläfe bei. Kurz nach der Einklieferung in das Krankenhaus starb er.

Mannheim, 18. Aug. Der Betrieb des Hof- und National-Theaters wird voraussichtlich und zwar schon im Interesse der Bühnengeduldeten zur gewöhnlichen Zeit (Anfang September) wieder aufgenommen werden.

Baden, 18. Aug. Im Waldhausen an dieser Tage ein 25jähriger junger Mann Pflaumen und tranf Vierter darauf. Kurze Zeit darauf stellten sich Schmerzen ein und obwohl bald ärztliche Hilfe zur Stelle war, starb der Bedauernswerte.

Bonnndorf, 18. Aug. Die erste Erntewoche ist zu Ende. Sie war der Arbeit günstig und der „Schwarzwälder Zeitung“ zufolge konnte das Weizenfeld nahezu und prächtig eingebracht werden. Garben gab es viele; leider aber haben die wolkenbruchartigen Regen mit Sturm das Getreide etwas zu früh und zu sehr niedergelegt, weshalb der Körnerertrag etwas hinter dem erhofften Ausfall zurückbleiben wird. Dagegen ist die Strobernte mehr als reichlich. — Die Dechmdertträge fallen ebenfalls gut aus.

Konstanz, 18. Aug. Ausfuhr von frischem Gemüse aus dem Amtsbezirk Konstanz nach der Schweiz ist bis auf weiteres gestattet worden. Die Ausfuhr darf aber den Umfang der seitherigen Ausfuhr nicht übersteigen. — Der Grenzschutz am Bodensee wird außerordentlich streng durchgeführt. Infolge dieser wohlgegründeten Sicherheitsmaßregeln ist der Personenverkehr auf dem Bodensee gleich Null, ausgenommen die riefigen Italienertransporte, welche zwischen Konstanz und Bregenz verkehren.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 20. August.

Die Versorgung mit Nahrungsmitteln im Krieg. Ein Freund unseres Blattes schreibt uns zu unserem letzten Montag unter obiger Ueberschrift gebrachten Leitartikel:

Gestatten Sie, im Anschluß an Ihre Ausführungen, daß ich einigen Gedanken Ausdruck gebe, die, wenn auch nicht allgemein, so doch in vielen Einzelfällen nutzbar sein können. Wenn von Kriegsnöten gesprochen wird, so denkt man gemeinhin in erster Linie an solche Familien, deren Ernährer sich zum Heere stellen mußte, der bisher das wirtschaftliche Rückgrat der Familie gebildet hat. Naturgemäß hat das Reich sich verpflichtet gefühlt, durch Schaffung einer besonderen und nachstehenden Unterstützung dafür zu sorgen, daß diese Familien vor schwerer Not bewahrt werden; auch die private und gemeindliche Hilfsstätigkeit wendet sich in möglichst weitgehendem Maße den Familien der Kriegsteilnehmer zu. Aber die wirtschaftliche Not des Krieges macht sich in ganz allgemeinem Umfang geltend; sie führt durch den Niedergang der meisten Geschäfte und die Steigerung der Lebensmittelpreise die völlige Entblößung zahlreicher Existenzen herbei. Trotz des guten Willens so mancher Großunternehmer wächst mit der Zeit die Zahl der Verdienstlosen ins Ungemeine. Die Gefahr solchen Notstandes trifft zu allererst die ärmeren Bewohner großer Industriorte, und sie nimmt räumlich in dem Maße ab, als wir uns von ihnen auf die reinen Ackerbauörter hinausbegeben. Bei letzteren wird, wenn alles richtig angefaßt wurde, von einer Not im Sinne eines Nahrungsmangels auf lange hinaus keine Rede sein. Nun muß die völlige Gemeinschaft, die sich auf politischem Gebiet in so großartiger Weise bewährt hat, auch in der Weise sich durchsetzen, daß das Land sich seiner Pflichten gegenüber der Stadt erinnert und einen großen Teil unbeschäftigter Arbeiter aufnimmt, sie einleert und nutzbar macht. Weiter aber weist der „Volksfreund“ mit Recht auf das viel Veraland hin, das jetzt noch bestellt werden kann, um entweder in diesem Herbst oder im kommenden Jahre nützliche Erträge zu liefern.

Solche brach liegende Plätze gibt es aber nicht nur draußen in den dörflichen Fluren, sondern auch in der näch-

sten Umgebung der Städte, ja selbst im Weichbild derselben; es fehlt meist nur die geschickte Hand, die dem Ackerland in kurzer Zeit Spinat oder Kürbiskraut oder aber Futtergewächse für Kaninchen und Kleinvieh zu entlocken vermag. Und da meine ich, man sollte diese Plätze nicht etwa von Gemeinde wegen bepflanzen, sondern sie unter Liebhaber gegen geringes Entgelt verteilen, mit Bevorzugung solcher Leute, die nachweisbar keine andere lohnende Beschäftigung finden. Weiter erinnert der „Volksfreund“ an die Produktion von Schweine- und Kaninchenfleisch; dazu meine ich, auch hier sollten die großen Gemeinden die Möglichkeit schaffen, daß recht viele Unbemittelte sich als Produzenten für den Hausbedarf betätigen können. Es könnten in den Schlachthöfen (und an anderen Stellen der Gemarkung) Stallkolonien für Kleinvieh und Kaninchen errichtet werden, die wiederum gegen geringe Vergütung an die Tierhalter überlassen werden. Zuchttiere werden ebenfalls von der Gemeindeverwaltung besorgt. Bei Vergebung der Ställe werden wieder erwerbslose Leute bevorzugt. (Wer die Tiere schlecht pflegt oder mißhandelt, verliert das Recht.)

Es sind das Möglichkeiten zu wirtschaftlichen Eingriffsmassnahmen, die vielleicht im Urteil des Sachmanns nicht alle bestehen können, die aber meines Erachtens dennoch bei ihrer Durchführung mancherlei Not und Elend lindern oder beseitigen könnten.

Das Erlöschen der Einkommensteuerpflicht.

In der „Karlsruher Zeitung“ wird halbamtlich darauf aufmerksam gemacht, daß bei einer großen Zahl der zum Kriegsdienst Einberufenen mit der Einberufung die Einkommensteuerpflicht erlöschen wird, da das Einkommen hauptsächlich aus persönlichem Arbeitsverdienst bestand, der nunmehr weggefallen ist. Die Steuerbehörde erhält kein amtliches Material, woraus sie die hiernach steuerfrei werdenden Personen ermitteln könnte. Es empfiehlt sich deshalb, daß die zurückgebliebenen Angehörigen solcher Einberufenen diese beim Steuerkommissar oder bei der Steuereinnahmestelle schriftlich oder mündlich abmelden, damit ihre Veranlagung zur Einkommensteuer aufgehoben wird. Bei der Abmeldung ist, wenn möglich, eine Steuerforderungsgattelt mitzubringen. Wenn das Wegfallen des persönlichen Arbeitsverdienstes auch nicht die vollständige Steuerfreiheit begründet, so kann es doch eine Minderung der Besteuerung zur Folge haben. Auch diese Fälle können angemeldet werden. Auf die Veranlagung zur Vermögenssteuer hat die Einberufung zunächst keinen Einfluß.

Das Militäreinkommen der aktiven Militärpersonen ist, soweit es nicht wie bei Unteroffizieren und Gemeinen ohnehin steuerfrei ist, im Fall einer Mobilmachung von der staatlichen Einkommensteuer befreit.

Die Gemeindeeinkommensteuerpflicht der im Offiziersrang stehenden Militärpersonen des Friedensstandes (Offiziere, Sanitätsoffiziere und obere Militärbeamte des Soldatenstandes) ruht vom 1. September 1914 an bis auf weiteres vollständig. Auf Offiziere usw. des Beurlaubtenstandes (der Reserve und Landwehr) findet diese keine Anwendung; sie sind von der Gemeindeeinkommensteuer nur insoweit befreit, als sie auch von der Staatssteuer befreit sind. Die Steuerfreiheit bei aktiven Militärpersonen bezieht sich nur auf das Dienstverdienst, nicht aber auf sonstige Einkommen, die nach wie vor steuerpflichtig sind.

Die neueren Bestimmungen zu Gunsten von Schuldnern, die durch den Krieg in Zahlungsschwierigkeiten kamen.

Der Krieg hat in weitem Umfang wirtschaftlichen Notstand erzeugt. Um diesem Notstand zu begegnen, sind verschiedene Anordnungen getroffen worden. Vor allem ist Sorge getragen, daß den zum Heere Einberufenen nicht Rechtsnachteile durch ihre Abwesenheit entstehen.

Aber auch für die Zurückgebliebenen sind Ausnahmeverordnungen erlassen. Ueber ihren Inhalt herrscht vielfach Unklarheit. Zu deren Behebung soll die folgende Wiedergabe der wesentlichsten Bestimmungen dienen.

1. Zunächst ist jeder Schuldner verpflichtet, ebenso wie in Friedenszeiten, zu bezahlen. Das Gesetz gibt keine allgemeine Befugnis zu sagen: ich kann infolge des Krieges nicht meinen Verpflichtungen nachkommen, darum werde ich bis auf weiteres meiner Verpflichtung los. Es wurde mit guten Gründen von jeder Gewährung eines solchen allgemeinen Moratoriums abgesehen. Von ihm könnten auch diejenigen Gebrauch machen, die es nicht nötig haben. Dadurch würde im Verkehr erst recht das notwendige Geld fehlen. Der Bundesrat hat es mit Recht für richtiger gehalten, daß nur der wirklich Bedürftige Stundung bekommen soll. Aus diesem Grund muß sich jeder, der seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen kann, an das Gericht wenden. Er kann dies tun, ehe die Schuld im Prozeß vor dem Gläubiger geltend gemacht war. Er kann aber auch während des Prozesses und nach Erlassung des Urteils noch um Stundung beim Gericht einkommen. Zuständig, um die Stundung zu bewilligen, ist das Gericht, bei dem der Prozeß geführt wird, wenn ein solcher schwebt. Ebe ein Prozeß anhängig ist, wird die Stundung durch das Amtsgericht des Ortes bewilligt, an dem der Gläubiger wohnt. Ist schon ein Urteil ergangen, dann ist das Vollstreckungsgericht anzugehen, das ist in der Regel das Gericht des Ortes, an dem der Schuldner seinen Wohnsitz hat. Im einzelnen Fall tut der Schuldner, der Stundung haben will, gut, sich an die Gerichtsschreiberei seines Amtsgerichts um Auskunft zu wenden. Vorher aber sollte er, wo es irgend geht, versuchen, ob er nicht ohne Anhebung des Gerichts mit dem Gläubiger sich wegen einer angemessenen Stundung verständigen kann.

Das Gericht, das angegangen wird, hat die Verhältnisse zu unteruchen. Es muß zusehen, ob die Lage des Beklagten die Stundung rechtfertigt. Der Beklagte wird darum zweckmäßigerweise alsbald eine Aufstellung über seinen Vermögensstand mitbringen. Hat er Geschäftsbücher, so wird das Gericht der Regel nach Einblick in sie fordern. Außer auf die Lage des Schuldners ist aber vom Gerichte auch auf die Lage des Gläubigers zu sehen; es ist zu prüfen, ob ihm die Gewährung einer Zahlungsfrist nicht etwa einen unverhältnismäßig großen Nachteil bringt.

Gegen die Voraussetzungen der Stundung nach Ansicht des Gerichts vor, dann kann es eine Frist bis zu drei Monaten gewähren. Es kann auch vorherige Teilzahlungen anordnen. Ueberdies darf es verlangen, daß der Schuldner Sicherheit leistet.

Die Stundung kann nur für Geldforderungen gegeben werden, und zwar müssen diese vor dem 31. Juli 1914 entstanden sein. Wer am 1. August sich etwas

Deutsche Politik.

Die Entscheidung über den Krieg hing weder von Paris, noch von Berlin ab.

Der Pariser Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ schreibt in seinem Blatte seine Eindrücke in den Pariser Mobilmachungslogen. Bis 20. Juli habe man in Paris gar nicht mit einer Verwicklung in den Krieg gerechnet. Bevölkerung und Presse seien durchaus ruhig gewesen. Auch in den maßgebenden Kreisen sei man durchaus optimistisch gestimmt gewesen. Am Mittwoch bei der Rückkehr Poincarés und Vivianis wurde diese Zuversicht plötzlich vernichtet. Dem nationalpolitischen Empfinden am Bahnhof wurde durch die Abendblätter Bedeutung beigelegt, woraus zu schließen war, daß die Anweisung an die Presse ergangen war, diese geringfügige nationalistische Kundgebung zu ausgedehnter Stimmungsmache zu benutzen. Am Donnerstag abend traf der Korrespondent mit einem jungen Mitarbeiter Vivianis zusammen, der auf Fragen erwiderte, es liege noch immer kein Grund vor, zu bezweifeln. Wer er sagte das mit dem Ausbrüche der Entscheidung. Da ich ihn fragend ansetzte, fügte er hinzu: „Gewiß, es kann sich alles noch arrangieren, aber leider hängt die Entscheidung weder von Paris noch von Berlin ab!“

Badische Politik.

Die Vornahme der Gemeindevahlen.

In der letzten Nummer des „Gesetzes- und Verordnungsblattes“ wird folgendes provisorisches Gesetz über die Vornahme der Gemeindevahlen bekannt gegeben:

Während der Gültigkeitsdauer des Gesetzes treten die Vorschriften der Gemeinde- und der Städteordnung über die Wahl des Bürgermeisters und die Erneuerungswahl von Gemeinde-(Stadt-)räten und des Bürgerausschusses außer Kraft. Für den gleichen Zeitraum wird die Amtsdauer der bisher im Dienst befindlichen Bürgermeister sowie der bisherigen Mitglieder der Gemeindevollgenien verlängert.

Wird die Stelle des Bürgermeisters durch Tod oder Austritt erledigt, so ist in den Gemeinden mit Bürgerausschuss durch diesen, in den übrigen Gemeinden von den Bürgern und wahlberechtigten Einwohnern für die Dauer dieses Gesetzes ein Ersatzmann zu wählen. Etwasige Beschwerden gegen die Wahl entscheidet endgültig das Bezirksamt.

Falls besondere Gründe, insbesondere eine infolge Eintritts von Mitgliedern in den Dienst des Heeres, der Flotte oder der freiwilligen Krankenpflege etwa drohende Beschäftigungslosigkeit, die Ergänzung des Gemeinde-(Stadt-)rats oder des Bürgerausschusses notwendig machen, so kann das Bezirksamt diese Ergänzung anordnen. Sie erfolgt beim Gemeinde-(Stadt-)rat wie beim Bürgerausschuss in der Weise, daß für die Abwesenden durch Zuwahl Ersatzmänner bestimmt werden. Die Amtsdauer der Ersatzmänner erlischt mit der endgültigen Rückkehr der Vertretenen, im übrigen mit der Gültigkeit dieses Gesetzes. Etwasige Beschwerden gegen die Wahl der Ersatzmänner entscheidet endgültig das Bezirksamt. Das Ministerium des Innern wird ermächtigt, den Zeitpunkt zu bestimmen, zu welchem dieses Gesetz wieder außer Kraft tritt.

Das Bonndorfer Zentrumsblatt „Bonndorfer Volksblatt“ hat seinen Betrieb in Bonndorf eingestellt. Die Abonnenten erhalten nun das Blatt als Ableger des „Echo vom Hochstift“ aus Reustadt zugesandt.

kaufte, kann für den Kaufpreis keine Stundung erhalten; auch kann der Schreiner, der Möbel zu liefern hat, aber sie nicht liefern kann, weil er keine Geldschuld hat, keine Frist gewährt bekommen.

2. Eine weitere, als die angegebene Stundung ist auch bei Wechselschulden nicht gewährt worden. Nur für Wechsel, die im Auslande ausgestellt, aber im deutschen Reiche zahlbar sind, gilt eine Ausnahme. Es ist ein vielfach verbreiteter Irrtum, daß Wechsel- und Scheckschulden erst 30 Tage nach Verfall bezahlt werden müßten. In Wahrheit hat der Wechselinhaber nur das Recht, 30 Tage länger als sonst mit dem Proteste zu warten; durch dieses Zuwarten soll er nicht, wie in Friedenszeiten, einen Teil seiner Wechsel- und Scheckrechte verlieren. Der Wechselinhaber kann aber auch sofort Zahlung fordern. Hier muß der Schuldner in der geschilderten Weise beim Gerichte Stundung verlangen, sofern er dies nötig hat, sonst ist er zur sofortigen Zahlung verpflichtet.

3. Wer überhaupt seinen Zahlungspflichten nicht mehr nachkommen kann, vermag während des Krieges die Eröffnung eines Konkursverfahrens dadurch abzuwenden, daß er sich einer Geschäftsaufsicht unterzieht. Diese Geschäftsaufsicht muß beim Amtsgerichte beantragt werden. Sie ist anzuordnen, wenn anzunehmen ist, der Schuldner werde nach Beendigung des Krieges seine Zahlungen wieder aufnehmen können. Ordnet das Gericht die Geschäftsaufsicht an, so werden eine oder mehrere Personen zur Aufsichtsführung bestellt. Den Gläubigern wird dies mitgeteilt. Die Aufsichtsführer haben den Schuldner zu unterstützen und zu überwachen. Sie können ihm die notwendigen Vorschriften machen, und sie können auch die Geschäftsführung ihm entziehen und sie andern Personen übertragen. Wichtigere Verfügungen soll der Schuldner ohne Zustimmung der Aufsichtsführer nicht treffen.

Handelt der Schuldner seinen Pflichten zuwider oder liegen sonstige wichtige Gründe vor, so kann die Geschäftsaufsicht aufgehoben werden; dann ist die Stellung eines Konkursantrages wieder zulässig. So lange aber die Geschäftsaufsicht dauert, kann gegen den Schuldner kein Konkurs beantragt werden, und es können auch nur in ganz beschränktem Maße Vollstreckungen, insbesondere also Pfändungen, gegen den Schuldner vorgenommen werden.

Eine alte Forderung der Sozialdemokratie.

Der Generalfeldmarschall Freiherr von der Goltz, 1. Vorsitzender des Jungdeutscherbundes, hat einen Aufruf an die Mitglieder des Bundes erlassen, worin er über eine „allgemeine Neuordnung der Jugendkräfte“, die in nächster Zeit von höherer Stelle aus getroffen werde, folgendes mitteilt: „In ihr sollen die älteren Klassen vom 16. Lebensjahre aufwärts eine Ausbildung erhalten, durch welche sie unmittelbar als bisher für den Kriegsdienst vorbereitete werden.“ Und dann fügt Goltz hinzu: „Jungdeutschland hat sich früh an den Gedanken gewöhnt, zur Verteidigung des Vaterlandes berufen zu sein. Jetzt sieht es dies schneller, als wir alle dachten, erfüllt. Es freue sich dessen und setze alle Kräfte ein, sich dieser Bestimmung wert zu zeigen.“

Die Sozialdemokratie hat schon seit 23 Jahren in ihrem Programm die Forderung: „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit“. Wenn die von Herrn von der Goltz angeforderte Neuordnung wirklich nur der Verteidigung des Vaterlandes dienen sollte, nicht aber einen gedankenlosen Hurrapatriotismus zu fördern bestimmt ist, so würde das durchaus mit unserer Forderung übereinstimmen. Aber dazu gehört, daß die jungen Leute vor wirtschaftlicher Ausbeutung in ganz anderer Weise als bisher geschützt werden, daß man ihnen genügend freie Zeit gibt, in der sie ihren Körper widerstandsfähig und ihren Geist frisch machen können.

Jedemfalls wird die Sozialdemokratie alles tun, um in diesem Sinne tätig zu sein und ihre alte Forderung zu verwirklichen. Findet sie dabei die unparteiische Unterstützung derjenigen Kreise, die sich als national bezeichnen, so wird sie deren Hilfe gewiß nicht zurückweisen.

• Vom badischen roten Kreuz. Dr. Ströde wurde als Reservelazarettsdelegierter beauftragt. Dienstag nacht 4 Uhr traf ein Zug mit 37 Verwundeten ein. Davon wurden 10 im alten Binsenthaus und 27 im neuen städt. Krankenhaus untergebracht. Die Verbringung ging gut und innerhalb einer kleinen Stunde vor sich. Alle bei der Arbeit Beteiligten gaben sich wie immer die größte Mühe, mit den Wahren nirgends anzustoßen und überhaupt so sanft wie möglich damit umzugehen, weil jede Erschütterung den Verwundeten weh zu tun pflegt. — Den frohgemuten Gehern sei heute ein Wunsch für die Lazarette vorgetragen, der einem großen Bedürfnis entspricht. Aber es kann, der stiftete einen Nachschuß, wofür das rote Kreuz dankbar sein wird. Prinzessin Miguel de Draganza in Weonmbach a. Z. (span.)

Der ferne Klang.

Wir waren beisammen und teilten unser Brot, wir lachten miteinander und wußten nichts vom Tod. Wir trugen alle Nöte treulich in einem Schritt — nun blies wohl die Trompete, und er, er mußte mit.

Laßt, Kinder, laßt das Fragen, ich weiß nicht, wo er ist. Es klirrt in diesen Tagen ein weltenweiter Zwist. Es glüht in allen Augen von Zorn und Schmerz ein Brand, und blut'ge Tränen laugen sich heiß in alles Land.

Und ich muß immer lauschen auf seinen alten Schritt, und hör' doch nur ein Rauschen: Auch er, auch er muß' mit. Hör' nur den Sturmverwehten Klang, der wie Hilfruf gelst — als bliesen die Trompeten in aller, aller Welt.

Dan.

dete dem roten Kreuz 10 000 Mk., wovon die Ortsgruppe Berrheim und der Landesverband je die Hälfte erhielten. Wegger Ebbede in Karlsruhe stiftete eine große Menge frischer Fleischwürste, Konditor Freund Zwiebad.

Das Kriegsministerium hat eine Auktionsstelle errichtet, die durch Vermittlung des roten Kreuzes den Angehörigen der Pflegsinge in den Lazaretten Auskunft zugehen lassen wird. Die Angehörigen der bis jetzt vorhandenen Pflegsinge werden bereits unterrichtet und zwar die der Schwerverwundeten telegraphisch, die der Leichtverwundeten brieflich, wozu Vorbrude bemüht werden. Besuche bei den Verwundeten können begreiflicherweise nur in den dringenden Fällen zugelassen werden. Die Unruhe in den Lazaretten, in denen die größte Stille herrschen soll, würde sonst zu groß werden. Auch darin muß sich unsere Selbstbeherrschung zeigen, daß wir uns den Wunsch nach einem Wiedersehen verlagern, wo keine Gefahr auf dem Verzug steht. Durch Vermittlung der Handelskammer sind acht Sachverständige aufgestellt worden, die den Verwundeten in den Lazaretten in geschäftlichen Angelegenheiten mit Rat und Tat zur Hand gehen. Die Krankenschwestern rufen auf Verlangen der Pflegsinge einen der Sachverständigen herbei; natürlich muß dies im engsten Einvernehmen mit der ärztlichen Leitung geschehen.

Großherzog Friedrich hat das sogen. Erbsprinzenpflöschchen (bei der Volksschule, Mitterstraße) zum Zweck der Errichtung einer Kinderbewahranstalt überlassen; die Großherzogin Luise zu demselben Zwecke das Hintergebäude der Viktoriastraße. Die Einrichtungsarbeiten sind bereits im Gange. Eine ungenannt bleibende wohlhabende Dame hat dem roten Kreuz den Erlös aus einem Schmauß mit 3068 Mk. zugewendet. Aus Wülheim kam eine Dankfugung für verschiedene dorthin ergangene Sendungen von Lazarettsbediensteten mit dem Beifügen: daß von allem genug vorhanden sei. Dies zur Beruhigung derer, die denken, es könnte an irgend etwas Mangel sein. Längere Zeit beschäftigte sich der Landesauschuß mit der Sorge für die Familien der ausserdienstlichen Sanitätsmannschaften. Allen soll in befriedigender Weise entgegengekommen werden, soweit dies notwendig ist.

Wirtschaftliche Freibeuterei. Wir teilten in unserm gestrigen unter vorstehender Ueberschrift erschienenen Artikel u. a. auch mit, daß die Firma Seneca, Eisengießerei, sofort bei Kriegsausbruch ihren Betrieb geschlossen habe. Diese Mitteilung beruht auf einem Irrtum, der Betrieb wurde nicht eingestellt, geht vielmehr weiter. Das Verhalten der Geschäftsleitung den eingerückten Arbeitern und den zurückgebliebenen Angehörigen gegenüber erscheint aber dann nur um so bedauerlicher.

• Angelegenheit bei ansteigender Krankheit. In der letzten Nummer des Geheh- und Verordnungsblattes ist eine Verordnung des Ministeriums des Innern veröffentlicht, die die Angelegenheit bezüglich ansteigender Krankheiten auf jeden Erkrankungsfall an Wätern (Flecken, Nöteln) ausdehnt. Die Militärbehörde hat Wert darauf gelegt, sofortige Nachricht auch über Erkrankungsfälle an Wätern zu erhalten. Da in der Verordnung vom 9. Mai 1911, die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten betr., eine allgemeine Angelegenheit für Wätern nicht vorgeschrieben ist, mußte eine solche vorübergehend eingeführt werden.

• Der Postanweisung und Postauftragsverkehr mit Ägypten wurde vorläufig eingestellt. Aus Belgien, Belgisch-Kongo, Frankreich, den französischen Kolonien mit Tunis und aus Großbritannien, sämtlichen britischen Kolonien und Russland werden die bei den Postanstalten noch unausgegeben liegenden oder bei ihnen noch eingehenden, nicht ausbezahlt. Ähnlich werden nach Oesterreich-Ungarn bei allen Postanstalten im Reichs-Postgebiete von Privatpersonen auch verschlossene Postsendungen einschließlich Pakete angenommen, die an Oesterreichische oder ungarische Militärbehörden oder Truppenteile (nicht an einzelne Militärpersonen) gerichtet sind und deren Inhalt — bei Paketen — nicht Ausfuhrbeschränkungen unterliegt.

• Verbesserungen im Bahnverkehr. Die badischen Staatseisenbahnen beabsichtigen vom 21. August ds. J. ab den allgemeinen Eilzug- und beschleunigten Güterverkehr aufzunehmen. Lebensmittel dürfen von jetzt ab auch als Eilgut angenommen und mit den Lokalfügen befördert werden. Wie wir weiter hören, besteht die Pflicht, in der kommenden Woche wieder durchgehende und schnellfahrende Züge von Berlin nach Süddeutschland zu führen.

• Gewissenloses Treiben. Die Landwirtschaftskammer weist darauf hin, daß gewissenlose Händler unter Ausnutzung falscher Gerüchte und Androhung der Zwangsabnahme die Landwirtschaft zum Verschleudern von Vieh und Produkten veranlaßt haben, um diese dann mit entsprechend hohem Nutzen weiter zu verkaufen. Es wird dringend gewarnt, solchen Gerüchten Glauben zu schenken und die Waren unter dem Tagespreise zu verkaufen.

• Entschädigung für die ausgehobenen Pferde und Wagen. Die Entschädigungen, welche für die zum Krieg ausgehobenen Pferde nebst Geschirren, sowie für die von der Militärbehörde angekauften Fahrzeuge einschließlich der Kraftfahrzeuge zu entrichten sind, werden im Laufe des Monats August von der Großh. Landes-Hauptkasse durch Vermittlung der Bezirksfinanzstellen ausbezahlt werden. Der Tag der Auszahlung wird von den Bezirksfinanzstellen besonders bekannt gemacht. Bei Aushebung der angekauften Pferde, Wagen usw. ist dem bisherigen Eigentümer ein Anerkenntnischein ausgehändigt worden; die Auszahlung erfolgt nur gegen Ablieferung dieses mit Empfangsbescheinigung des Empfangsberechtigten zu versehenen Anerkenntnischeins.

• Sonnenfinsternis. Am Freitag findet eine Sonnenfinsternis statt, die auch bei uns sichtbar ist. Sie beginnt kurz vor 12 Uhr vormittags und endet um 3 Uhr 57 Min. nachmittags. Sie ist total von 12 Uhr 26 Min. bis 2 Uhr 44 Min. nachmittags. Wer diese Himmelserscheinung betrachten will, verwende hierzu mit Ruh geschwärzte Gläser, damit er seinen Augen keine Schädigungen bereitet.

• Der Gewerbeverein Karlsruhe e. V. hat an seine Mitglieder ein Rundschreiben gerichtet, in welchem es heißt: Infolge des Krieges sind viele Handwerksmeister und Gewerbetreibende zu den Waffen gerufen worden, wodurch den Angehörigen der zum Waffendienst Einberufenen schwere Sorgen bei Weiterführung des Geschäfts erwachsen sind. Der Gesamtvorstand des Gewerbevereins Karlsruhe hat deshalb beschlossen, in solchen Fällen helfend einzugreifen, die Angehörigen nach besten Kräften zu unterstützen, damit dieselben insbesondere in der Lage sind, ihr Geschäft weiterzuführen. Des weiteren soll bei Führung der Geschäftsbücher, bei Aufschreiben von Rechnungen, bei Einziehung von Forderungen und sonst mit Rat und Tat geholfen werden. Sachkundige Herren Gewerbeleiter und Handwerksmeister aus den verschiedenen Berufen werden unentgeltlich ihre Dienste zur Verfügung stellen. Am nun festzustellen, welche Mitglieder des Gewerbevereins Karlsruhe aus dem Handwerkerstand zum Waffendienst eingezogen wurden und in welchen Geschäften Hilfe nötig ist, erlauben wir, beiliegende Postkarte ausfüllen und diese sobald an uns zurücksenden zu wollen. Sollten erst später Einberufungen zum Heeresdienst erfolgen, so wolle auch in diesen Fällen Mitteilung gemacht werden.

Aus Jaurès Reden und Schriften.

Die Pflicht der Nation. Wenn die Nation sich selbst verteidigt, verteidigt sie alle Familien, die Freiheit, die Sicherheit, die Würde aller. Und alle müssen ihrem Rufe folgen. Es ist die Gerechtigkeit selbst, die sie ruft. Sie lassen ihr Haus nicht im Stich; sie schämen und sie adeln es. Und überdies, als Väter werden sie mehr für ihre Kinder getan haben, wenn sie ihnen eine freie Zukunft in einem freien Vaterlande sichern, als wenn sie ihnen aus feiger Parteilichkeit die zweifelhafte Fürsorge eines ehrlosen Familienhauptes erhalten, in einem Vaterlande, das durch seine Schuld gedemütigt und allen Gefahren ausgeliefert ist.

Kapitalismus und Sozialismus.

Sie regen sich auf, wie über etwas Unerhörtes, daß der Reich nicht mehr Menschen soll kaufen dürfen. Auf diese Weise antwortet ich denjenigen, die uns einzuwerfen haben: Wenn ihr den ganzen Kapitalismus entzweit und keine Entschädigung gebt, so ist das brutaler Raub. Und wenn ihr Entschädigung gebt, so heißt das, das Kapital wieder einführen. Ja antwortet solchen Leuten, daß ein grundsätzlicher Unterschied zwischen den Werten der kapitalistischen Gesellschaft und denjenigen der sozialistischen Gesellschaft besteht. Die letzteren sind Werte, zur Beherrschung und Ausbeutung bestimmt; sie erzeugen sich fortwährend aufs neue, auf Kosten der menschlichen Arbeit durch das Spiel des Profits und der Dividende. Die Werte der sozialistischen Gesellschaft werden nur Werte zum Verbrauch sein und sich erschöpfen im Verhältnis zum Verbrauch selbst, wobei sie bald die befreite und organisierte Arbeit von allen brüderlichen Lasten befreien.

Lezte Meldungen zu den Kriegswirren.

Preßstimmen zu den neuesten Erfolgen und zu dem Ultimatum Japans.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ schreibt: Als wenn wir für Schirmes entschädigt werden sollten, weht uns der französische Kriegswind, der offenbar zur Zeit an unserer Westgrenze sein Spiel treibt, zwei sehr hübsche Siegesnachrichten zu.

In der „Vossischen Zeitung“ heißt es: Ancheinend haben an der Westgrenze große Operationen eingesetzt. Es ist eine schöne Vorbereitungen, daß sie gleich mit zwei schönen Siegen eingeleitet sind.

Die „Deutsche Tageszeitung“ äußert: Wieder zwei schöne Erfolge der deutschen Waffen. Die größere Bedeutung scheint der Niederlage der französischen Kavallerie in Belgien zuzukommen.

In der „Täglichen Rundschau“ ist zu lesen: Man begrüßt nach diesen Meldungen, warum es den König der Belgier zog, von Brüssel nach Antwerpen zu gehen: Perimeter, wo die deutsche Kavallerie diesen Sieg errang, liegt nur noch etwa 42 Kilometer von Brüssel ab und nur noch 10 Kilometer von der Bahn und Straße, die von Namur nach Brüssel führt.

Zu der Meldung, daß eine französische Brigade über die Vogesen zurückgedrängt wurde, bemerkt die „Tägliche Rundschau“: Die braven Bayern und Wadener haben die Franzosen gründlich darüber belehrt, daß sie sich blutige Köpfe holen, sobald sie ihre Vogesenpassiergänge weiter ausdehnen.

Auch im „Vormwärts“ wird dem Ringen im Westen in den Tagen der Spannung eine ermutigende Würdigung zuteil.

Ueber das japanische Ultimatum äußern sich die Blätter übereinstimmend dahin, es sei englischer Geist, der aus diesem einfach unverschämten Ultimatum spreche.

Der „Vormwärts“ nennt die Forderungen Japans erpresserisch.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ sagen: England führt die farbigen Rassen gegen Europa heran.

In der „Vossischen Zeitung“ heißt es: Nicht ausgeschlossen ist, daß durch das japanische Vorgehen der Krieg, der bereits Europa völlig in Flammen gelegt habe, auch die ganze übrige Welt auflodern lassen wird. In dem Ultimatum Japans ist klar und nachdrücklich ausgesprochen, daß im Umkreis des Stillen Ozeans allein Japans und Englands Wille herrschen dürfe. Das scheint uns sehr deutlich für Amerika. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben jetzt die Wahl, ob sie sich mit Englands Unterstützung zum willenlosen Werkzeug Japans machen lassen wollen, oder nicht.

In der „Kreuzzeitung“ heißt es: Wir täuschen uns nicht darüber hinweg, daß uns schwere Opfer durch das Vorgehen Japans auferlegt werden, aber sie erschlattern uns nicht, sie zu den anderen auf unsere Schultern zu nehmen.

Lezte Nachrichten.

Papst Pius X. †.

WAB. Rom, 20. Aug., 2.10 Uhr nachts. Der Papst ist gestorben.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Rechte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Wilhelm Bahs; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Sammlungen.

Für die Unterstützung von Familien zum Kriegsdienst einberufener Bediensteter gingen weiter ein: Ad. S. 1 M., P. Leicher 10 M., Angehörte der Firma S. Leicher 3,50 M., Fr. W. 2 M., freier quittiert 46 M., zusammen 62,50 M. Weitere Spenden nimmt gerne entgegen Die Expedition des „Volksfreund“.

Werfer gelesene Nummern nicht weg, sondern gebt sie zur Agitation weiter.

